



**Niederschrift über die Sitzung des
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses
am 19. März 2018**

im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:	Landrat Dr. Sigel	
Mitglieder des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses	Kreisräte/innen	
	Sczuka, Holzwarth (ab 14:44 Uhr), Wersch, Mößner, Breiter, Kölz	(CDU)
	Kelemen, Klopfer (bis 17:26 Uhr), Hestler, Möhrle	(SPD)
	Hesky, Friedrich, Häuser	(Freie Wähler)
	Besa, Brodersen, Wägner	(GRÜNE)
	Lenk (bis 17:20 Uhr) Haußmann (ab 14:38 Uhr)	(FDP-FW)
	Throm	(AfD)
	Kober	(LINKE/ÖDP)
Die stv. Ausschussmitglieder:	Ulrich	(Freie Wähler)
Entschuldigte Ausschussmitglie- der:	Dr. Ketterer Jasper Meßmer	(CDU) (Freie Wähler) (FDP-FW)
Ferner:	Erster Landesbeamter Kretzschmar Dezernent Geißler Regierungsdirektor Dr. Zaar Geschäftsführer Kischlat, KDRS Dr. Vogt, Amtsleiter für Schulen, Bildung und Kultur Sonderschulrektorin Lang, Fröbelschule Fellbach- Schmiden Geschäftsführender Schulleiter Weißert Geschäftsführer Dr. Nickel, Rems-Murr-Kliniken Amtsleiterin Maier, Haupt- und Personalamt Herr Zander, PROSCIMUR GmbH	(Top 1) (Top 2) (Top 2) (Top 2) (Top 3) (Top 4, 5) (Top 4)
	Weitere Mitarbeiter Presse	
Der Schriftführer:	Kreisoberamtsrat Hasert	

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:50 Uhr

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

§ 1

Gründung eines einheitlichen Informationstechnologiedienstleisters für die Kommunalverwaltung in Baden-Württemberg zum 1. Juli 2018

Drucksache 2018/060

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsführer Kischlat, KDRS, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Ohne weitere Beratung beschließt der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss einstimmig:

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

1. Der Kreistag nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt dem Beitritt des Zweckverbands Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart (KDRS) zur Datenzentrale Baden-Württemberg und der Vereinigung mit den Zweckverbänden Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) und Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) zum Gesamtzweckverband 4IT zu.
2. Der Kreistag beauftragt den Landrat, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KDRS die Organe des Zweckverbands zum Vollzug aller hierzu notwendigen Handlungen zu bevollmächtigen.

Zu den notwendigen Handlungen gehören (insbesondere):

- a. die Zustimmung zum Beitritt des Zweckverbands KDRS zur Datenzentrale Baden-Württemberg (DZ BW) durch Vereinbarung der Änderung der Satzung der Datenzentrale Baden-Württemberg
- b. die Zustimmung zum vorgesehenen Vermögensausgleich
- c. die Zustimmung zur Verschmelzung der Betriebsgesellschaften Interkommunale Infor-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

mationsverarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH (IIRU), Kommunales Rechenzentrum Baden-Franken GmbH (KRBF) und Rechenzentrum Region Stuttgart GmbH (RZRS) zu einer hundertprozentigen Tochter der aus der Datenzentrale Baden-Württemberg mit Beitritt der Zweckverbände hervorgehenden ITEOS (AöR)

- d. die Zustimmung zum Fusionsvertrag der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Datenzentrale Baden-Württemberg
- e. die Zustimmung zur Vereinigung der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT

Auszüge:

1 Haupt- und Personalamt

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 4

Öffentlich

§ 2

Schulbericht 2017

Drucksache 2018/055

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Leiter des Amtes für Schulen, Bildung und Kultur, Herr Dr. Vogt erläutert die Drucksache 2017-018 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Oberstudiendirektor Weißert, Geschäftsführender Schulleiter legt dar, der Schulbericht mache erneut deutlich, wie breit die Beruflichen Schulen im Kreis aufgestellt seien. Der Bericht mache auch deutlich, welche Aufgaben und Herausforderungen gemeistert werden müssen und wie weit dies auseinanderliegen würden. Derzeit gehe dies von der Beschulung geflüchteter junger Menschen, bis hin zur Vermittlung neuer Technologien und didaktischer Konzepte in den Bereichen der Digitalisierung und Industrie 4.0. Da sich die Bildungslandschaft in einer immer heterogeneren Schülerschaft immens gewandelt habe, würden die Schulen in starkem Maß auch Beratungskapazitäten durch Jugendsozialarbeiter oder AVdual-Begleiter benötigen. Zum Teil seien die Kräfte vor allem im VABO/VAVO nur befristet beschäftigt, obwohl gerade in diesen Schularten sehr viel für die Förderung und Integration von Jugendlichen getan werde. Hier wäre es an Zeit, verlässliche Perspektiven aufzuzeigen. Es sei erfreulich, dass die Landesförderung für AVdual-Begleiter zumindest bis August 2019 fortgesetzt werde und er bedanke sich bei Landrat Dr. Sigel, dass er sich dafür eingesetzt habe.

Herr Weißert führt weiter aus, der künftige Fokus liege beim Thema Digitalisierung und Internetanbindung für die Schulen, wo man zukünftig vermehrt externe Dienste über das Internet nutzen und verstärkt auf externe Daten zugreifen müsse. So z.B. beim Datenaustausch mit einem Server eines Automobilherstellers, das für den praxismgerechten, modernen Unterricht im Kfz-Bereich notwendig sei, ebenso die Vernetzung mit Industrieservern im Rahmen von Industrie 4.0 oder mit cloudbasierten Unterrichtsplattformen. Hierdurch werde die Datenaustauschrate extrem ansteigen, vor allem dann, wenn die Schülerinnen und Schüler auch ihre eigenen Endgeräte nutzen würden. Hier wür-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 5

Öffentlich

den herkömmlichen Kupferleitungen nicht mehr ausreichen, zumal im Zuge der Implementierung von Tablet-Projekten und dem Einsatz von Schülergeräten im Unterricht (BYOD), dies 2.000 und mehr Geräte sein könnten mit Datenübertragungsraten in Höhe von 1Gbit/s. Ziel müsse also sein die Schulen an ein bezahlbares, leistungsfähiges Glasfasernetz anzubinden. Es wäre sehr hilfreich, wenn die Schulen zukünftig dabei noch mehr auf die fachliche Unterstützung durch den Schulträger bauen könnten.

Die Leiterin der Fröbel-Schule Fellbach-Schmidlen, Frau Lang, berichtet über die aktuelle Situation an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) im Kreis. Sie bedanke sich beim Schulträger für Ausstattung und Unterstützung durch den Schulträger sowie für die Unterhaltung durch die RMIM. Maßgebliche Themen seien die räumliche Situation und die veränderte Schülerschaft. Die Schulen seien an ihren Kapazitätsgrenzen und es würden Ausweichräume fehlen. In Schorndorf hätte sogar Container aufgestellt werden müssen. Auch bei Schülern/innen mit Autismus oder mit einem herausfordernden Verhalten sei ein starker Anstieg zu verzeichnen. Hier würde es begrüßt, wenn die Zahl der Stellen im Bundesfreiwilligendienst erhöht würde. Zudem habe man immer mehr Kinder mit Mehrfachbehinderungen, deren Betreuung sehr aufwendig sei. Auch das Thema Flüchtlingskinder sei inzwischen bei den SBBZ angekommen, was allein in Schorndorf zwei Klassen mehr bedeute und traumatisierte Kinder eine besondere Herausforderung darstellen würden. Bei der Inklusion stelle sich die Frage, ob es nicht die Möglichkeit gäbe, bei entsprechender Finanzierung auch eine Einschulung an Schulen in privater Trägerschaft erfolgen könne, um die öffentlichen Schulen zu entlasten. So könnten z.B. Sehbehinderte, besser bei der Nikolauspflege untergebracht werden.

Kreisrat Lenk bestätigt, dass sich die Anforderungen an die Schulen in den letzten Jahren durch immer mehr schwierige Schüler sowie Flüchtlinge und die Inklusion verändert hätten. Hinzu kämen Erziehungsdefizite, die ausgeglichen werden müssten. Deswegen seien auch mehr unterstützende Kräfte notwendig, weshalb z.B. AVdual so erfolgreich sei. Auch bei den Schulsekretariaten sei daher eine Verstärkung erforderlich. Er begrüße den dualen Studiengang im Bereich Mechatronik, wodurch die Ausbildung durch die Akademisierung attraktiver werde. Bei den Schülerzahlen sei der Zenit zwar überschritten, trotzdem gebe es neue Angebote von Privaten Schulen z.B. ein agrarwissenschaftliches Gymnasium, weshalb man sich weiterhin entsprechend aufstellen müsse. Auch er

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 6

Öffentlich

sehe in der Digitalisierung die größte Herausforderung. Allein für Waiblingen würden hier 500.000 Euro in den nächsten zwei Jahren benötigt. Dies könne auch nicht aus dem Schuletat zusätzlich finanziert werden.

Kreisrat Sczuka sieht für die Digitalisierung, eine Glasfaserverkabelung als Voraussetzung an. Er bitte um Auskunft, ob es hier Fördermittel vom Bund oder Land gebe. Bezüglich der rückläufigen Zahlen bei den beruflichen Gymnasien interessiere ihn, ob dieser Trend auch an den allgemeinbildenden Gymnasien zu erkennen sei. Es zeige sich, dass die Inklusion eine Herausforderung für die allgemeinbildenden Schulen, als auch für die SBBZ sei.

Kreisrat Hestler erklärt, er unterstütze die Medien- und Digitalisierungsoffensive. Er bitte aber zu beachten, dass hier enorme Kosten anstünden. Alleine die Ausstattung aller Schüler mit Tablets würde 3,3 Mio. Euro kosten. Hinzu kämen die Kosten für die Verkabelung und auch Robotic-Übungsmaschinen. Daher bitte er um Erläuterung wie die Nutzung und Überlassung erfolge, zumal in der Vergangenheit auch schon Fehlentwicklungen wie z.B. Sprachlabore hingenommen werden mussten. Wichtig sei, dass weiter Pädagogik vor Technik gehe. Er wolle ferner wissen, ob alle Flüchtlinge am Erfolgsmodell AVdual teilnehmen dürften, oder nur die mit Bleibestatus. Außerdem wäre interessant zu erfahren, welche Schule vom SBBZ bei der Beratung für ein behindertes Kind empfohlen werde, zumal es noch keine dauernden Doppelbesetzungen bei den Lehrern gebe.

Kreisrätin Brodersen bedankt sich namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die geleistete, anspruchsvolle Arbeit in den Beruflichen Schulen und in den SBBZ. Im Schulbericht sei aufgefallen, dass mehr Kinder an den SBBZ unterrichtet würden, obwohl man einen Rückgang durch Inklusion erwartet habe. Es gehe auch nicht daraus hervor, ob die dort beschulten körperbehinderten Kinder inklusiv beschult werden könnten. Darüber hinaus bitte Sie zu klären, in welchem Umfang Inklusion an den allgemeinbildenden Schulen möglich sei und erfolge.

Kreisrat Hesky sieht in dem dualen Studiengang nach dem Ulmer Modell ebenfalls einen Gewinn. Dies auch eine wichtige Botschaft für die Unternehmen, was zur Behebung des Fachkräftemangels beitrage. Er rege an, das Thema Digitalisierung an den Schulen aufgrund seiner Komplexität und Wichtigkeit sowie aufgrund der Investitionen nochmals konzeptionell aufzugreifen. In die Waiblingen

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 7

Öffentlich

würden die Stadtwerke die Voraussetzungen mit Glasfaserverkabelungen schaffen. Bei der Inklusion müsse jeweils individuell bedacht werden, was in Abhängigkeit von der Behinderung sinnvoll. Insofern sollte es positiv gesehen werden, dass es die SBBZ gebe.

Kreisrat Throm bittet um Auskunft, ob es Erkenntnisse über den weiteren Weg von AV-dual-Absolventen gebe und wie hoch die Abbrecherquote sei. Hinsichtlich der Veränderungen bei der Schulstruktur hätten die allgemeinbildenden Gymnasien einen Rückgang von 16 % zu verzeichnen und die beruflichen Gymnasien einen Zuwachs von 37 % in zehn Jahren. Hier stelle sich die Frage, ob alle Interessenten für ein berufliches Gymnasium angenommen werde, oder ob auch empfohlen werde, mangels beruflicher Orientierung am allgemeinbildenden Gymnasium zu bleiben. Im Schulbericht werde hingewiesen auf eine Auftaktveranstaltung zu einer Ausstellung gegen Rechts. Nach seiner Auffassung solle darauf geachtet werden, dass hier nicht alle Strömungen mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht werden.

Landrat Dr. Sigel erwidert, die Schulen würden selbständig über die Ausgestaltung ihrer Angebote entscheiden, wozu auch solche Veranstaltungen gehören würden. Er teile die Meinung, dass die Digitalisierung auch Grenzen habe und mit der Pädagogik verzahnt sein müsse. Deshalb sei es sinnvoll, die Thematik konzeptionell aufzuarbeiten. Dabei müssten auch Programme des Bund und Landes mit berücksichtigt werden sowie eine Abstimmung mit den Kommunen als Schulträger erfolgen. Man stehe auch in Kontakt mit anderen Landkreisen, die hier schon sehr aktiv seien, wie dem Schwarzwald-Baar-Kreis.

Frau Lang berichtet, dass die Sonderpädagogen nur stundenweise in den Inklusionsklassen anwesend sein könnten.

Herr Dr. Vogt antwortet ergänzend, die Inklusion werde in der Regel von Kindern in Anspruch genommen, die lern- oder körperbehindert seien. Geistig Behinderte oder schwer- und mehrfach Behinderte würden überwiegend die SBBZ besuchen. Bei der Digitalisierung gehe es um die Netzanschlüsse, bei denen man versuche, die Geschwindigkeit zu erhöhen. Hinzu komme die innere Durchleitung aufgrund der gewachsenen Verkabelungen wo man hoffe, auf die Förderung der Infrastruktur zurückgreifen könne. Der Schulpflicht für Flüchtlinge richte sich nur nach der Aufenthalts-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 8

Öffentlich

dauer und nicht nach dem Status.

Geschäftsführender Schulleiter Weißert berichtet zur Gerätenutzung, dass die Tablets derzeit noch am Unterrichtsende eingesammelt würden. Nach wie vor gehe die Pädagogik vor der Technik. So arbeite die Gewerbliche Schule Waiblingen mit der Universität Stuttgart zusammen wie Digitalisierung didaktisch und pädagogisch am sinnvollsten eingesetzt werden könne.

LR weist noch darauf hin, dass das Kreismedienzentrum auch sehr aktiv bei der Unterstützung der Schulen beim Tablet-Management sei.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt den Schulbericht 2017 zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Amt für Schulen, Bildung, Kultur

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

§ 3

Sachstandsbericht zur Medizinkonzeption der Rems-Murr-Kliniken

Drucksache 2018/106

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und führt einleitend aus, mit der erfolgreichen Entscheidung im Landeskrankenhausausschuss bestehe nun Planungssicherheit, wofür er sich bei allen Beteiligten und Unterstützern bedanke. Mit der heutigen Eröffnung der geriatrischen Station in Schorndorf komme ein weiterer Meilenstein hinzu.

Geschäftsführer Dr. Nickel berichtet zum aktuellen Stand der Medizinkonzeption anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Haußmann legt dar, er habe insgesamt positive Rückmeldungen bekommen, es habe aber auch Fragen aus dem Schorndorfer Raum gegeben, ob die Betten-Reduktion der Beginn einer Verschiebung zugunsten von Winnenden sei. Deshalb sei eine nochmalige inhaltliche Aufarbeitung wichtig, um die Sorge zu nehmen.

Landrat Dr. Sigel stellt klar, dass es darum gehe eine optimale Verzahnung zu erreichen und dass der Austausch funktioniere sowie die richtigen Schwerpunkte zu bilden. Er bitte auch zu beachten, dass die Schorndorfer Klinik kein kleines Krankenhaus sei, sondern zum ersten Drittel bei den größeren Häusern gehöre.

Geschäftsführer Dr. Nickel weist ergänzend darauf hin, dass beide Kliniken einen Zuwachs von 6 % zu verzeichnen hätten. Er antwortet auf Frage von Kreisrat Hestler, wenn das Budget von der neuen Bundesregierung erhöht werde, gehe dies auch mit einer Verbesserung der Pflege einher.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt den Bericht der Geschäftsführung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH zur Abstimmung der Medizinkonzeption mit dem Sozialministerium und zur Entscheidung des Landeskrankenhausausschusses vom 14. März 2018 zur

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 10

Öffentlich

Kenntnis.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Rems-Murr-Kliniken

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

§ 4

Konzeption zum Fuhrparkmanagement

Drucksache 2018/057

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache. Er führt einleitend aus, das Thema Fuhrparkmanagements gehe auf einen Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2017 zurück, aber sei aber auch von der der Verwaltung insbesondere wegen der Schadstoffdebatte durch den Autoverkehr und aus Kostengründen aufgegriffen worden. Außerdem sei die bisherige Regelung, dass die Beschäftigten ihr Privatfahrzeug für den Dienstreiseverkehr verwenden müssten, nicht mehr zeitgemäß.

Frau Maier, Leiterin des Haupt-und Personalamtes, erläutert die Drucksache 2018/057 anhand der dem Original der Niederschrift beigefügten Präsentation.

Kreisrat Herr Sczuka bedankt sich für die Aufarbeitung des Antrags. Es habe sich gezeigt, dass das Thema Fuhrparkmanagements mehr beinhalte als das Kernthema, was sich z.B. auch am nachfolgenden Tagesordnungspunkt Firmenticket zeige. Die Thematik habe ihren Ursprung zwar in der fiskalischen Ausgestaltung, mit den heutigen Entwicklungen der Debatte aber eine eigene Dynamik erhalten. Die CDU-Fraktion unterstütze daher den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Er weist darauf hin, dass im Hinblick auf die Privatnutzung durch die Beschäftigten noch die steuerlichen Aspekte geprüft und die Wirkung auf die Öffentlichkeit betrachtet werden müssten.

Kreisrat Hesky äußert ebenfalls Bedenken hinsichtlich eines internen Carsharing-Konzepts. Die Fraktion der Freien Wähler wolle sich dem aber nicht generell verschließen, insbesondere wenn steuerrechtlich keine Zweifel bestünden und auch keine zusätzlichen Gehaltsbestandteile entstünden, der Landkreis also letztlich auf der rechtlich sicheren Seite stünde.

Kreisrat Hestler begrüßt, dass die CDU-Fraktion den Anstoß gegeben habe, er bezweifle jedoch die genannten Einsparungen von 400.000 € jährlich und bitte um nähere Erläuterung. Ferner sehe er es kritisch, wenn die Firma, die ein Gutachten erstellt habe, auch den Folgeauftrag erhalten solle.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

Außerdem wolle er wissen, wie der Ablauf der im Beschlussvorschlag genannten schrittweisen Vorgehensweise geplant sei.

Kreisrätin Frau Besa sieht den Antrag der CDU-Fraktion und die daraus entstandene mögliche Vorbildfunktion des Kreises als positiv. In diesem Zusammenhang erachte sie auch eine Verbindung mit der Immobilienkonzeption und dem Klimaschutzkonzept für wichtig. Des Weiteren interessiere sie, aus welchem Zweck 25 % der Privatfahrzeuge verbleiben sollen und ob die Fahrzeuge den Dezernaten zugeordnet werden, oder ob bereits eine Poollösung bestehe. Durch Letztere könnte die Auslastung der Fahrzeuge optimiert werden. Sie bitte außerdem um Auskunft, ob die vorrangige Nutzung des ÖPNV vorgegeben sei und ob es eine/n Flottenmanager/in gebe.

Kreisrat Throm bittet darauf zu achten, dass nicht intakte Fahrzeuge verschrottet würden. Zudem regt er an zu erfragen, ob die Beschäftigten im Falle der Nutzungsmöglichkeit eines Dienstwagens, ihr privates Kraftfahrzeug zuhause lassen würden.

Herr Kreisrat Haußmann vermisst in der Vorlage die Nutzung von Fahrrädern. Ferner sollten die Mitarbeiter/innen in den Prozess miteingebunden werden um zu überprüfen, ob diese an einer privaten Nutzung interessiert seien. Mit dem Regierungspräsidium müsste auch abgeklärt werden, inwiefern das interne interne Carsharing mit gemeindewirtschaftlichen Vorschriften im Einklang stehe. Im Hinblick auf den Beschlussvorschlag und die vorgestellte Präsentation erbitte er, die Thematik vor der Umsetzung bezüglich Gesamtinvestitionen und Ausschreibungen zu vertiefen.

Kreisrat Hesky betont, dass es wichtig sei festzulegen, in welche Richtung der neue Fuhrpark ausgelegt sein solle und dass die Zielvorstellung des Gremiums mit dem Konzept verflochten sein müsse. Er schlage deshalb vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu modifizieren, dass zunächst lediglich eine Vorbereitung durch die Verwaltung erfolge. Darüber hinaus stelle sich die Frage, ob wegen des Gesamtwerts der Kreistag hierüber entscheiden müsste. Zusätzlich bitte er um die Nennung von Referenzen und um eine konkrete Vorstellung des internen Carsharings.

Landrat Dr. Sigel nimmt zu den Redebeiträgen Stellung und weist darauf hin, dass die Einspar-

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 13

Öffentlich

summe von 400.000 ein maximaler Betrag sei und dieser auch darunter liegen könne. Aber auch dann handle es sich um erhebliche Einsparungen. Im Vordergrund stehe jedoch der Fortschritt, der durch diese Maßnahme entstehen könnte. Die Idee des Carsharings sei innovativ und interessant, insbesondere weil viele jüngere Mitarbeiter/innen kein eigenes Kfz mehr hätten, müsse aber noch im Detail geprüft werden. Die Nutzung dürfe nicht unentgeltlich sein und müsse zur Kostendeckung beitragen. Zudem werde eine steuerrechtliche Prüfung vorgenommen. Der vorhandene Fuhrpark werde derzeit von seinem Fahrer betreut. Der Fahrzeugbestand sei aber nicht sehr umfangreich was sich auch daran zeige, dass mehr als die Hälfte der dienstlich gefahrenen Kilometer mit dem privaten Kfz zurückgelegt werden. In den Dienstreiseregelungen habe die ÖPNV-Nutzung Priorität. Es sollen keine gekauften Fahrzeuge verschrottet werden, um sie durch Leasing-Fahrzeuge zu ersetzen. Daher solle hier schrittweise vorgegangen werden. Im späteren Verlauf könnten auch Fahrräder in das System mit aufgenommen werden. Wichtig sei, die Belegschaft und den Personalrat mitzunehmen.

Herr Zander, PROSCIMUR GmbH, teilt ergänzend mit, dass die Analyse der Bestandssituation ergeben habe, dass jährlich 2,4 – 2,5 Mio. Kilometer dienstlich gefahren würden und zudem 1.170.000 € pro Jahr an Reisekosten anfielen. Der Anteil mit privaten Fahrzeugen betrage über 60 %. Dabei sei zu beachten, dass je älter ein Fahrzeug sei, dieses auch in seinen Betriebskosten teurer werde und auch der Verbrauch nicht mit neueren Modellen Schritt halten könne. Aus diesem Grunde habe man mehrere Handlungsmodelle aufgestellt mit geleaseten Fahrzeugen und auch mit Elektro- oder Erdgasmotoren. Unter betriebswirtschaftlicher Betrachtung würden die Varianten dicht beieinander liegen, sodass man sich darauf konzentrieren könne, welche die beste Lösung für den Rems-Murr-Kreis sei. Die Nutzung von Privatfahrzeugen könne nicht komplett umgangen werden, da z.B. auch Dienstreisen von zuhause aus angetreten würden.

Eine Mitarbeiterbefragung sei im Rahmen der Feinkonzeption geplant. Die Einsparungen würden von den eingesetzten Fahrzeugkategorien abhängen. Bei Verbrennungsmotoren ergebe sich ein voraussichtliches Einsparpotential von 18% - 22%, in Kombination mit Erdgasbetrieb von 20% - 25% und bei zusätzlichem Einsatz von Elektroantrieben liege dieser bei 15% - 18% der jährlichen Reisekosten. Der Einsatz von elektrischen Fahrzeugen hänge aber vom Einsatzzweck ab. Die größte Referenz sei der Fuhrpark der Stadt München, mit rd. 6.000 Fahrzeugen.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den von Landrat Dr. Sigel modifizierten Beschlussvorschlag:

1. Die Konzeption zum Fuhrparkmanagement wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, stufenweise eine Neuausrichtung des Fuhrparks auszu-
arbeiten und entsprechend eine EU-weite Ausschreibung der Fahrzeugflotte vorzubere-
ten.

Auszüge:

2 Haupt- und Personalamt

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 15

Öffentlich

§ 5

Erhöhung des Zuschusses zum Firmenticket

Drucksache 2018/079

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung:

1. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss stimmt der Erhöhung der Bezuschussung des Firmentickets für Landkreismitarbeiter/innen von 20 € auf 25 € je Monat ab 01.04.2018 zu.
2. Die Förderung erfolgt aus den Mitteln, die für das Handlungsprogramm „Klimaschutz. Handeln im Rems-Murr-Kreis 2016-2018“ bereitgestellt wurden.

Auszüge:

1 Haupt- und Personalamt

1 Amt für Finanzen

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 16

Öffentlich

§ 6

Gesellschafterdarlehen an die Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH

Drucksache 2018/083

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung:

Der Rems-Murr-Kreis gewährt ein atypisches Gesellschafterdarlehen an die Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH in Höhe von 1 Mio. Euro. Die Konditionen für dieses Darlehen werden festgelegt mit einer 3,0 %igen nachschüssigen Verzinsung sowie der Endfälligkeit des Darlehens zum 31. Dezember 2028.

Auszüge:

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Kreisbaugruppe

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 17

Öffentlich

§ 7

Ausscheiden und Nachrücken von Kreisräten

§ 7.1

Ausscheiden von Kreisrat Stefan Breiter und Nachrücken von Herrn Ulrich Scheurer sowie Ausscheiden von Kreisrat Uwe Voral und Nachrücken von Herrn Thomas Fokken

Drucksache 2018/003

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

1. Es wird festgestellt, dass die Voraussetzungen für das Ausscheiden von Kreisrat Uwe Voral aus dem Kreistag gem. § 12 Landkreisordnung vorliegen.
2. Es wird festgestellt, dass dem Nachrücken von Herrn Thomas Fokken keine Hinderungsgründe nach § 24 Landkreisordnung entgegenstehen.
3. Es wird festgestellt, dass die Voraussetzungen für das Ausscheiden von Kreisrat Stefan Breiter aus dem Kreistag gem. § 12 Landkreisordnung vorliegen.
4. Es wird festgestellt, dass dem Nachrücken von Herrn Ulrich Scheurer keine Hinderungsgründe nach § 24 Landkreisordnung entgegenstehen.

Auszüge:

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 18

Öffentlich

1 Kreistagsgeschäftsstelle

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 19

Öffentlich

§ 7.2

Ausscheiden von Kreisrat Stefan Breiter und Nachrücken von Herrn Ulrich Scheurer sowie Ausscheiden von Kreisrat Uwe Voral und Nachrücken von Herrn Thomas Fokken
Drucksache 2018/016

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

1. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss wird entsprechend der dargestellten Änderungen neu gebildet.
2. Der Sozialausschuss wird entsprechend der dargestellten Änderungen neu gebildet.
3. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss wird entsprechend der dargestellten Änderungen neu gebildet.
4. Der Jugendhilfeausschuss wird entsprechend der dargestellten Änderungen neu gebildet.
5. Der Landrat als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH wird angewiesen, den Aufsichtsrat mit Kreisrat Erich Theile als stellvertretendes Mitglied (Nachfolger für Stefan Breiter) und Kreisrat Thomas Fokken (Nachfolger von Uwe Voral) neu zu bilden.
6. Der Landrat als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Immobilien-Management GmbH (RMIM) wird angewiesen, den Aufsichtsrat mit Kreisrat Thomas Fokken als stellvertretendes Mitglied (Nachfolger von Uwe Voral) neu zu bilden.

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 20

Öffentlich

7. Der Landrat als Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH wird angewiesen, den Aufsichtsrat mit Kreisrat Thomas Fokken als stellvertretendes Mitglied (Nachfolger von Herrn Uwe Voral) neu zu bilden.
8. Der Kreistag wählt Kreisrat Thomas Fokken zum ordentlichen Mitglied im Verwaltungsrat der Kommunalanstalt Abfallwirtschaft Rems-Murr AöR (AWRM), als Nachfolger von Herrn Uwe Voral.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 21

Öffentlich

§ 8

Spendenbericht

Drucksache 2018/047

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Der Annahme der in der Anlage aufgeführten Spenden und Zuwendungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 Amt für Finanzen

Niederschrift **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 22

Öffentlich

§ 9

Verschiedenes

Verkehrsdezernent Dr. Zaar antwortet auf Frage von Kreisrat Ulrich, die Straßenbaumaßnahmen am Teiler B 14/B 29 hätten am vergangenen Wochenende trotz Frost erfolgen können, da ein spezieller Asphalt verwendet worden sei.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert